

THUN 27. OKTOBER 2019

# Stadtrat genehmigt Zonenplanänderung

Auf der Hoffmatte soll ein Wohnquartier mit 180 Wohnungen, einem Alterspflegeheim mit 96 Plätzen und 55 Alterswohnungen entstehen. Der Stadtrat gibt grünes Licht.

von Yannick Mühlemann



Stadtpräsident Raphael Lanz setzte sich für die Zonenplanänderung der Hoffmatte ein.

Fotos: Yannick Mühlemann

Der Stadtrat beschäftigte sich mit der Zone mit Planungspflicht (ZPP) Hoffmatte. Dort soll neben der Hoffmann Neopac AG eine neue Überbauung entstehen. In dem neuen Quartier sollen 180 Wohnungen, ein Alterspflegeheim mit 96 Plätzen und 55 Alterswohnungen entstehen. Bisher war die Fläche als Arbeitszone definiert und weitgehend unbebaut. Die Eigentümerin, die Hoffmann Neopac AG, prüfte mit der Stadt alternative Nutzungsmöglichkeiten, da der jetzige

Produktionsbetrieb dort keinen weiteren Flächenbedarf habe. Das vorgesehene Wohnquartier soll zudem durch eine Kindertagesstätte und einen Laden aufgewertet werden. Der Stadtrat entschied über die nötige Zonenplanänderung.

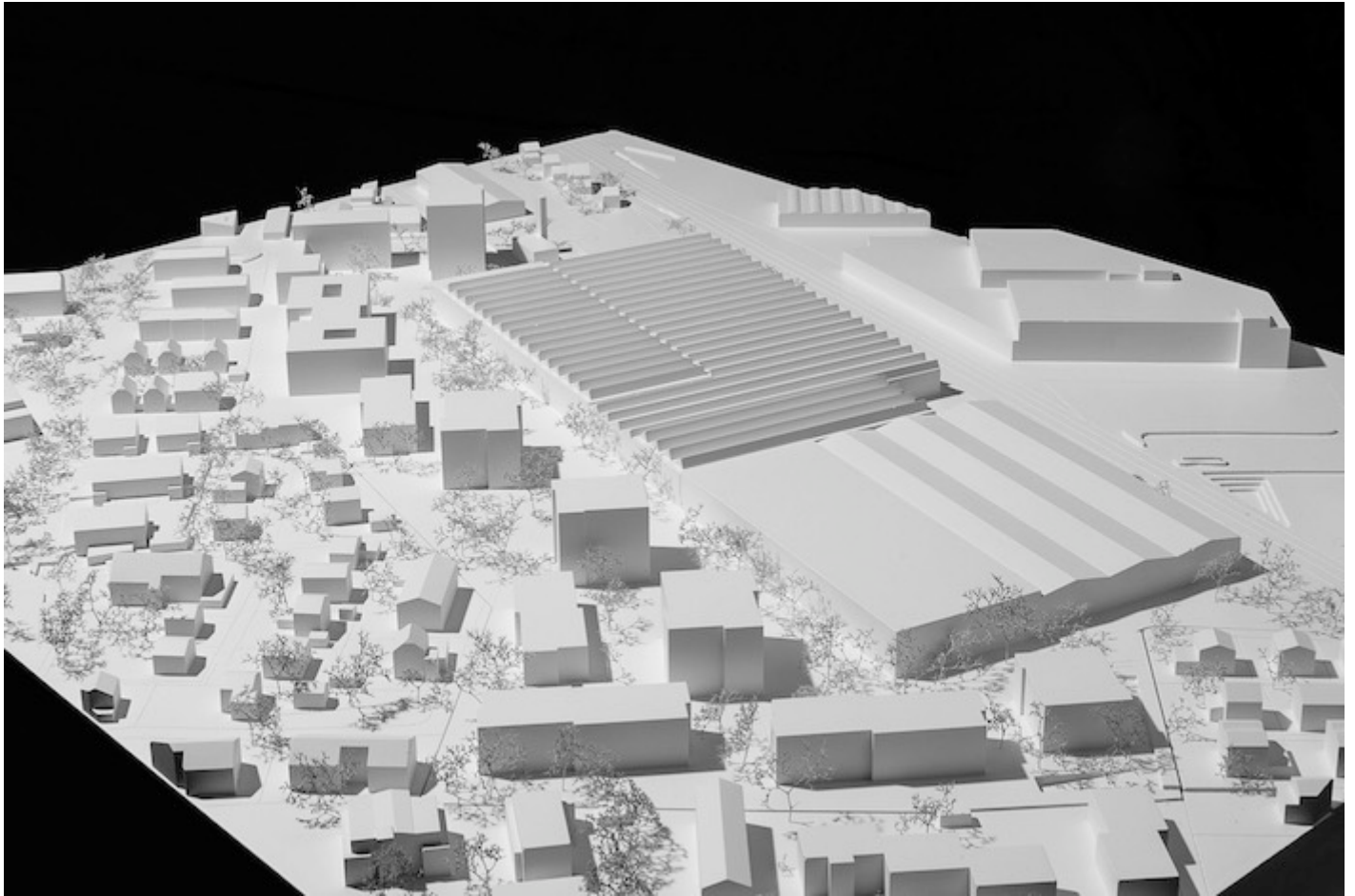


FDP und SVP waren sich nicht einig über das Projekt. Die FDP sah noch Probleme, die es zu beheben gelte, was in der Verantwortung des Stadtrats liege.

### **Gesamtbild im Auge**

Der Gemeinderat sieht das Wohnquartier im Einklang mit den raumplanerischen und strategischen Zielen der Stadt. Das Projekt gehe haushälterisch mit dem Boden um und entspreche auch den Vorgaben zur Siedlungsentwicklung des Kantons sowie des Bundes. Das Quartier biete gefragten Wohnraum und sei insbesondere attraktiv für Familien. Durch den Einbezug der Stiftung Wohnen im Alter (WiA) Sorge das Projekt für einen breiten Generationenmix und schaffe Raum für Menschen in der zweiten Lebenshälfte.

Während verschiedene Details die Politiker noch unzufrieden stimmte, war die Stiftung WiA einer der Gründe für die Akzeptanz des Projekts. Die SP-Fraktion war mit den energietechnischen Aspekten der Siedlung unzufrieden. «WiA ist mehrheitlich der Grund für die Zustimmung der SP-Fraktion», sagte Manon Jaccard von der SP-Fraktion. Auch die Grünen und die GLP/BDP-Fraktion tat sich schwer mit dem Geschäft. «Der Bericht war zuweilen widersprüchlich und wir hätten uns mehr Mut gewünscht», meint Nicole Krenger von den Grünliberalen. Die Grünen und Grünliberalen zeigten sich ausserdem unzufrieden mit der geplanten Parkplatzsituation, die pro Wohnung 1,2 Parkplätze vorsieht.



Die Firma Husstein und Partner AG machte mit ihrem Entwurf für das neue Quartier das Rennen.

Foto: Stiftung WiA

Die christliche Mitte beanstandete ebenfalls unlogische Aussagen des Berichts. Jonas Baumann, EVP, betonte aber: «Als Politiker haben wir den Auftrag, die Gesamtheit eines Projektes zu betrachten und die beste Lösung für alle zu finden.»

Auch die SVP habe sich über die Wahl des Projektes gewundert. Es sei aber erfreulich, dass im neuen Quartier Raum für Alterswohnen und Grünflächen entstehen sollen. Es sei wichtig, dieser Zonenplanänderung zuzustimmen aufgrund der Risiken für die Stiftung WiA. «Sie braucht die Planungssicherheit», sagte Peter Aegerter, SVP.

## Als Politiker haben wir den Auftrag, die Gesamtheit eines Projektes zu betrachten

**Jonas Baumann**  
EVP  
Stadtrat Thun

Alain Kleiner von der SVP schloss sich der Meinung seines Kollegen an: «Ich möchte an die Verantwortung, die wir als Stadträte haben, appellieren.» Das Projekt solle nach so langer Planung nicht an Parkplätzen scheitern. «Wer will in Zukunft noch in diese Stadt investieren, wenn ein Projekt aufgrund von Details bachab geschickt wird?», fragte er in die Runde.

Das Geschäft unterliegt dem fakultativen Referendum. Die FDP befürchtete deshalb, dass dieses bei den bestehenden Unzufriedenheiten ergriffen würde und damit das ganze Projekt neu aufgelegt werden müsse. Sie verlangte deshalb

die Rückweisung des Geschäfts. Der Stadtrat teilte diese Befürchtungen nicht und lehnte die Rückweisung mit 32 zu 3 Stimmen ab. Er stimmte aber der ZPP mit 24 Stimmen bei 12 Enthaltungen zu.



Marc Barben sprach für die Grünen, die sich gegen eine Motion aussprachen, die den Gemeinderat beauftragt hätte, ein neues Reglement für Thuns Klimaschutz zu schaffen.

### **Dialog funktioniert**

Dass Sachpolitik funktioniert, auch wenn nicht die selben Ansichten vertreten werden, bewies der Stadtrat bei der Behandlung einer Motion der Fraktionen SP und GLP/BDP. Diese wollte den Gemeinderat mit einem Reglement beauftragen, das als Grundlage dienen sollte, damit die Stadt Thun bis spätestens 2050 CO<sub>2</sub>-neutral ist. Die grüne Gemeinderätin Andrea de Meuron sprach sich dafür aus, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, da die Motion zu schwammig formuliert sei und zu viele verschiedene Gesetze tangiere. So wurde dem Gemeinderat einzig das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050 vorgegeben, aber keine Rechte, Pflichten oder Massnahmen erläutert. Selbst in der Motion wird festgestellt, dass der Klimaschutz viele städtische Aufgaben tangiere und die Bestimmungen des Reglements wohl andernorts verankert wären. Die SVP und die christliche Mitte stellten sich gegen die Motion. Hilfe bekamen sie von unerwarteter Seite. Die Grünen votierten ebenfalls für die Umwandlung in ein Postulat: Die Motionäre (SP und GLP/BDP) hätten ein Reglement verlangt, ohne zu wissen, ob diese Massnahme überhaupt die richtige sei und wie man am sinnvollsten vorgehe, um das Ziel zu erreichen. Auch die christliche Mitte wollte die guten Absichten nicht aufgrund einer übereilten Motion riskieren.

# Jungfrau Zeitung

[Inserieren](#) | [Abo](#) | [Kontakt](#) | [Impressum](#) | [AGB](#) | [Datenschutz](#)

© 2001 – 2014 Gossweiler Media AG, Medienhaus seit 1907